

## Schlussfolgerungen aus dem Abstimmungsergebnis vom 10. Juni 2018

*Der Praxistest für mehr Demokratie im Geldwesen ist offensichtlich gescheitert.* Demokratie mit ihren Koordinaten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität scheint so lange erwünscht zu sein, als sie die Macht des privatisierten Geldes hochzuhalten vermag bzw. nicht tangiert. Die Vollgeld-Initiative konnte das Problembewusstsein im Alleingang nicht genügend wecken. Der Volksentscheid über diese Sachfrage enthält 5 klare Antworten auf die VGI:

1. Die Schweizer Stimmbürger/innen wollen *keine Schweizer Franken*.  
Sie wollen keine Schweizer Franken auf ihren Konten, sondern weiterhin das fiktive Ersatzgeld der Banken.  
Anders gesagt, sie wollen den Gebrauch der Landeswährung nur den Banken, aber nicht sich selber gestatten.
2. Die Schweizer Stimmbürger/innen wollen *kein schuldenfreies Geld*.  
Sie wollen auf ihren Konten keine eigenen, schuldenfreien Schweizer Franken, sondern weiterhin das von den Banken geschaffene Schuldengeld.  
Anders gesagt, sie wollen, dass mit der Geldemission eine untilgbare Schulden- und Verschuldungsspirale in Gang gesetzt wird, die den Haushalten eine zunehmende Milliardenlast aufbürdet, die Umverteilung von Arm zu Reich beschleunigt und die Umweltzerstörung weitertreibt.
3. Die Schweizer Stimmbürger/innen wollen *keine Geldschöpfungsgewinne*.  
Sie wollen die Gewinne aus der Geldemission nicht der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, sondern weiterhin den privaten Banken.  
Anders gesagt, sie verzichten freiwillig auf den Gewinn, der ihnen dank der Geldhoheit des Bundes eigentlich zustünde.
4. Die Schweizer Stimmbürger/innen wollen *keinen souveränen Staat*.  
Sie wollen nicht, dass der Staat für seine Infrastrukturaufgaben sein eigenes Geld benutzen kann, sondern dass er sich dafür weiterhin bei den Banken verschulden muss.  
Anders gesagt, sie wollen, dass der Staat vom Buchgeld (Geldsurrogat) der Banken abhängig bleibt.
5. Die Schweizer Stimmbürger/innen wollen *keinen gleichberechtigten Marktzutritt*.  
Sie wollen keinen Marktzutritt, der allen gleicherweise offensteht, sondern sie wollen den Banken einen privilegierten Marktzutritt gewähren.  
Anders gesagt, sie wollen, dass die Banken ihre Eigengeschäfte weiterhin mit selber geschaffenen Geld abwickeln können.

*Wie glaubhaft ist ein solcher „Volkswille“? Wie glaubhaft ist es, dass das Volk von den Banken genötigt werden will, deren Ersatz-Franken zu benutzen, dadurch ständig dem Risiko des Systemcrashs ausgeliefert zu sein und dafür auch noch teuer zu bezahlen? Wie glaubhaft ist das, wenn doch die grosse Mehrheit der Bürger/innen in allen Umfragen bestätigte, dass die Geldversorgung Aufgabe der SNB sein müsse?*

Dennoch, Tatsache ist: *Die Forderung „Schweizer Franken für alle!“ wurde praktisch von der gesamten politischen, wirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Elite ebenso wie von den Medien und den grossen NGOs abgelehnt.* Keine einzige der staatstragenden Parteien, kein einziges der landesweiten Medien, keine einzige der grossen Umwelt- oder Fairness-Organisationen unterstützte uns. So gesehen war es eine grandiose Leistung unseres kleinen Kampagnenteams, die Volksinitiative überhaupt zustande gebracht zu haben und an der Urne ein Viertel der Stimmenden für ein Ja zu gewinnen.

*Wie kann man sich das negative Abschneiden der VGI erklären?* Wenn die Abstimmenden – obwohl fälschlicherweise – annehmen, dass ihr Geld bereits heute von der SNB stamme, dann verstehen sie die Initiative nicht und wollen nichts am heutigen System ändern. Auch wenn also die VGI genau das wollte, was die allermeisten richtig finden, wurde sie abgelehnt. Denn die Leute wussten nicht, dass und wie die Banken die Geldversorgung anstelle der SNB übernommen haben und welche Folgen das hat. Eine solche Ausgangslage machte es den Gegnern einfach, eine inhaltliche Diskussion zu unterdrücken und stattdessen Verwirrung und Panik zu verbreiten. So fand weder eine öffentliche Debatte über die 5 Fragen statt, die den obigen 5 Antworten zugrunde liegen, noch über die sich auftürmenden Probleme und Negativfolgen des privaten Schuldengeldes. Statt die relevanten Themen zu benennen und zu bearbeiten, wurde einerseits das bestehende System von den Wirtschafts- und Volksvertretern und den Medien schöneredet und andererseits die Initiative unisono als ein mit unvorhersehbaren Risiken belastetes, unverantwortliches Experiment diskreditiert. Die Frage, warum es für unsere Demokratie und unsere Wirtschaft ein Schaden sein soll, wenn die Landeswährung in die öffentliche Hand gelegt und den Bürgerinnen und Bürgern der Zugang dazu ermöglicht wird, blieb ebenso tabu wie die Frage, warum sämtliche Entscheidungsträger alles daran setzten, dass das Geldwesen nicht, wie die Verfassung vorsieht, wieder „Sache des Bundes“ wird, sondern Sache des Bankensystems bleiben sollte.

Mit der **Abweisung unserer Beschwerde** gegen die Nationalbank hat das Bundesgericht mit Urteil vom 10. Dezember 2018 den Schlussstrich unter die VGI gesetzt, ebenfalls ohne auf die inhaltlichen Kritikpunkte einzugehen. Der emeritierte Staatsrechtsprofessor Philippe Mastronardi schreibt dazu: „Erwartungsgemäss hat sich das Bundesgericht nicht in die geldtheoretischen Streitfragen eingelassen. Das wäre nötig gewesen, um zu erkennen, dass die SNB falsch informiert hat.“

---

Thomas Fuster in der NZZ vom 15.3.2019:

[...]

## **Falsche Sicherheiten**

Hat man aus der Krise gelernt? Und steht das Finanzsystem heute auf einer solideren Grundlage? 260 hochrangige Notenbanker, Aufseher, Regulierer und Finanzdienstleister haben diese Woche nach Antworten auf solche Fragen gesucht. Sie taten dies dort, wo wohl am meisten Wissen zum globalen Finanzsystem konzentriert ist, nämlich bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Als «Bank der Notenbanken» versteht die BIZ ihre Aufgabe nicht zuletzt darin, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und für eine enge Kooperation der nationalen Währungshüter zu sorgen.

Um es vorwegzunehmen: Auch in der Einschätzung der Regulierer ist man noch lange nicht dort, wo man sein sollte. Von Krisenresistenz kann keine Rede sein. Eine Umfrage unter den Anwesenden zeigte, dass 54% schon in den nächsten paar Jahren mit einer neuen globalen Finanzkrise rechnen, während 46% im nächsten Jahrzehnt ein solches Ereignis erwarten. An die Utopie eines künftig krisenfreien Finanzmarkts glaubt niemand. Daran können auch [jene rund 2800 Seiten](#) nichts ändern, die seit der Finanzkrise allein vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht an Regeln erlassen worden sind.

[...]